

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuss)**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/8493 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/6496 –**

Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung

A. Problem

In dem Entschließungsantrag wird ausgeführt, der Deutsche Bundestag solle den Elften Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung für den Berichtszeitraum 1995 bis 2000, der klar strukturiert und präzise analysierend die deutsche Entwicklungspolitik in einer zusammenwachsenden Welt darstelle und Herausforderungen und Lösungsansätze zu Beginn des 21. Jahrhunderts beschreibe, begrüßen. Der Bericht unterstreiche das klare Bekenntnis der Bundesregierung zur multilateralen Vernetzung bei der weltweiten Armutsbekämpfung und belege eindrucksvoll die Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik als Baustein globaler Struktur- und Friedenspolitik.

Die Bundesregierung wird in dem Entschließungsantrag aufgefordert, im Rahmen der finanzpolitischen Leitlinien die Umsetzung des Aktionsprogramms 2015 konsequent zu verfolgen, nach Möglichkeiten einer erweiterten Entschuldungsinitiative zu suchen, im Rahmen ihres Gesamtkonzepts Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung die erzielten Fortschritte weiter auszubauen, auf der Konferenz Financing for Development in Monterrey/Mexiko gemeinsam mit anderen Geberländern zu neuen Vereinbarungen und einer Verbesserung der Entwicklungsfinanzierung zu gelangen und entsprechend den Beschlüssen des Europäischen Rates von Göteborg und Laeken den UN-Zielwert für staatliche Entwicklungszusammenarbeit von 0,7 % des Brutto-sozialprodukts so schnell wie möglich zu erreichen und dem durch jährliche Erhöhung der entsprechenden Mittel Rechnung zu tragen.

B. Lösung

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag – Drucksache 14/8493 – anzunehmen.

Berlin, den 24. April 2002

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Adelheid Tröscher
Berichterstatterin

Klaus-Jürgen Hedrich
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Adelheid Tröscher, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Angelika Köster-Loßack, Joachim Günther (Plauen) und Carsten Hübner

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/8493 zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/6496 – „Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ in seiner 225. Sitzung am 15. März 2002 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS angenommen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und der **Ausschuss für Tourismus** haben über den Entschließungsantrag in ihrer Sitzung am 17. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat über den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 17. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS und bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Entschließungsantrag anzunehmen.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat über den Antrag in seiner 80. Sitzung am 24. April 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP in Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, dem Entschließungsantrag zuzustimmen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der SPD** führte aus, sie begrüße den vorliegenden Elften Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung für den Berichtszeitraum 1995 bis 2000 – Drucksache 14/6496 –. Er sei klar strukturiert, stelle die deutsche Entwicklungspolitik in einer zusammenwachsenden Welt präzise analysierend dar und beschreibe die Herausforderungen und Lösungsansätze zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Er belege eindrucksvoll die Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik als Baustein globaler Struktur- und Friedenspolitik. Die Bundesregierung verfolge dabei einen ganzheitlichen Ansatz, der die wechselseitig miteinander verbundenen Dimensionen der entwicklungspolitischen

Zielsetzungen soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, politische Stabilität und ökologisches Gleichgewicht berücksichtige.

Der Entschließungsantrag fordere die Bundesregierung im Rahmen der finanzpolitischen Leitlinien auf, die Umsetzung des Aktionsprogramms 2015 konsequent zu verfolgen, nach Möglichkeiten einer erweiterten Entschuldungsinitiative zu suchen, die es Ländern innerhalb wie außerhalb des Kreises der HIPC ermögliche, am Prozess einer sozialen und ökologischen nachhaltigen Entwicklung teilzuhaben. Ein Punkt habe sich fast erledigt. Auf der Konferenz Financing for Development in Monterrey sei der UN-Zielwert für staatliche Entwicklungszusammenarbeit von 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts deutlich unterstrichen worden.

Die Bundesregierung werde weiter aufgefordert, die im Rahmen ihres Gesamtkonzeptes Zivile Friedensprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung erzielten Fortschritte auszubauen. Die Globalisierung im Sinne einer sozialen und ökologischen Weltmarktwirtschaft solle sie politisch mitgestalten. Die bereits auf multilateraler Ebene erzielten Fortschritte im Sinne der Initiative Kofi Annans „Better World for All“ solle verstärkt werden. Weiter gehe es bei den Forderungen um den nachhaltigen Ressourcenschutz. Die Fraktion der SPD beantragte Zustimmung zu dem Entschließungsantrag.

Die **Fraktion der CDU/CSU** brachte zum Ausdruck, dass der Bericht in vielen Bereichen sehr positiv habe ausfallen können, weil er Jahre umfasse, in denen die frühere Bundesregierung die politische Verantwortung getragen habe, und weil die besonders negativen Aspekte der gegenwärtigen Entwicklungspolitik in diesen Bericht noch nicht hätten einfließen können. Zum Teil sehe die Situation heute doch etwas anders aus, als sie in dem Bericht dargestellt sei. Nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU enthalte der Bericht auch eine Überbetonung des Multilateralen. In dem Beitrag zur Entschuldungsinitiative und zur Armutsbekämpfung sei nicht darauf eingegangen worden, dass der Bundeskanzler auf dem Kölner G8-Gipfel eine ganz präzise Zusage gemacht habe, was die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit angehe, dass aber einige Tage später die Haushaltswirksamkeit anders ausgesehen habe. Positiv wolle man anmerken, man halte es für einen Fortschritt, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Zuständigkeit für AKP erhalten habe und dass der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nun Mitglied im Bundessicherheitsrat sei. Die Fraktion der CDU/CSU wolle den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** nahm auf die Ausführungen der Fraktion der SPD Bezug.

Die **Fraktion der FDP** sah davon ab, auf Einzelheiten des Entschließungsantrags einzugehen, und wies darauf hin, dass sie den Entschließungsantrag ablehnen wolle.

Berlin, den 24. April 2002

Adelheid Tröscher
Berichterstatterin

Klaus-Jürgen Hedrich
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

